

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Konvaleszenz...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 22. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

113 Sozialdemokraten gewählt.

Nach den bisherigen Feststellungen sind von den Landtagsmandaten einschließlich der ober-schlesischen im Besitz der S.P.D. 113 Mandate...

Stärke der Fraktionen.

Berlin, 22. Februar. Zu den 399 neugewählten Abgeordneten zum Preussischen Landtag treten noch die bisherigen 22 Abgeordneten des Wahlkreises 9...

Table with 2 columns: Fraktion, Mandate. Includes Sozialdemokraten (113), Demokraten (26), Zentrum (90), etc.

Die Landeslisten.

Aus der Berechnung der Reststimmen für die Landeswahlvorschläge ergeben sich weitere 35 Mandate für die verschiedenen Parteien...

Weitere Kreisergebnisse.

Wahlkreis 11 (Merseburg): Es erhielten: S.P.D. 71 889, U.S.P. 75 859, R.P.D. 204 569, Demokraten 66 420, Deutschnationale 153 872...

Wahlkreis 15 (Ost-Hannover): Es erhielten die S.P.D. 141 474, U.S.P. 16 773, R.P.D. 15 451, Demokraten 19 648, Deutschnationale 40 842...

Wahlkreis 20 (Köln-Aachen): Es erhielten: S.P.D. 164 459, U.S.P. 8580, R.P.D. 45 762, Demokraten 28 863, Deutschnationale 49 404...

Wahlkreis 21 (Koblenz-Trier): Gesamtergebnis: 531 492 gültige Stimmen. Davon erhielten die Sozialdemokraten 61 250, die Unabhängigen 2812, die Kommunisten 11 953...

Schlesische Orgeschwaffen.

Breslau, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) In Slogau wurden gestern, nachdem von sozialdemokratischer Seite eine Anzeige über ein verstecktes Waffenlager der Orgesch eingelaufen, 3000 Gewehre...

Die Entwaffnung in Bremen. Der Reichskommissar für die Entwaffnung hat für Bremen angeordnet, daß auch der Rest der ablieferungspflichtigen Waffen...

gigen 2812, die Kommunisten 11 953, die Demokraten 14 721, die Deutschnationalen 29 554, die Deutsche Volkspartei 59 450...

Die Reichstagswahl in Schleswig-Holstein.

Kiel, 22. Februar. (W.T.B.) Auf Grund der nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein entfallen auf die Sozialdemokraten 4, die Demokraten 1, Deutsche Volkspartei 2, Deutschnationalen 1 Mandat.

Kiel, 22. Februar. Das Stimmresultat der Reichstagswahl in Schleswig-Holstein ist folgendes: Sozialdemokraten 242 433, Unabhängige 20 464, Kommunisten 40 733, Demokraten 64 276, Deutsche Volkspartei 126 785...

Der Sieg in Düsseldorf-Ost.

22. Wahlkreis. Elberfeld, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Amüsliches Resultat: Elberfeld: S.P.D. 19 194 (12 900), U.S.P. 8288 (25 788), R.P.D. 4622 (4446)...

Düsseldorf: S.P.D. 18 585 (13 624), U.S.P. 30 579 (70 520), R.P.D. 20 292 (2550), Dem. 6375 (7031)...

Der Ausgang der Wahl bedeutet einen glänzenden Sieg der S.P.D., die allein in Elberfeld-Barmen 57,1 Prozent zunahm.

Im Wahlkreis Düsseldorf-Ost erhielt die S.P.D. im ganzen 131 789 Stimmen.

Reichskoalition und Preußenregierung.

Berlin, 22. Februar. (W.T.B.) Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt.

noch über den 1. März hinaus die Zurückbehaltung einer geringen Anzahl von Verlorenen nötig macht.

Ein kurioses Dementi. W.T.B. teilt mit: In der Presse werden Auszüge aus einer Denkschrift über die Systeme der Getreidebewirtschaftung veröffentlicht.

Preußenwahl und London.

Nichts ist bezeichnender für die vorzügliche Agitationsarbeit, die die Ententepolitik zugunsten der extrem nationalistischen und antirepublikanischen Reaktion liefert...

Und als die Volksparteier glücklich in der Regierung saßen und als Teilhaber der Macht — aber auch der Verantwortung — nach Spa fuhren...

Die Deutschnationalen dagegen, jeder Verantwortung und jedes Verantwortungsgefühes bar, konnten es sich aber weiter leisten, das alte frevelhafte Spiel der Deklamationen und Drohungen gegen die Entente fortzusetzen.

Wer nicht in Spa anwesend war, kann sich von der kritischen Situation kein Bild machen; er kann auch nicht darüber urteilen. (Unruhe bei den Deutschnationalen.)

So richtig diese Zurückweisung an sich gewesen sein mag, so war sie doch letzten Endes ein gegen die eigene Partei trefflich stehender Hieb.

Selt Spa ist nun mehr als ein halbes Jahr verstrichen, in dem die Minister und Abgeordneten der Deutschen Volkspartei im allgemeinen genau dieselbe auswärtige Politik der Entente gegenüber haben mitmachen müssen...

Daß das Schicksal der Deutschen Volkspartei bei uns wenig Mitleid erweckt, wird man allerdings nach alledem begreifen können. Ueberhaupt verdient das deutschnational wählende Bürgertum, dessen politische Unreife sich bei jeder neuen Wahl als immer erbärmlicher entpuppt...

quenz ziehen, daß nur mit der äußersten Rücksichtslosigkeit gegen die deutschnationalen Bankrotteure vorgegangen werden kann. Ein weiteres Bavieren, wie es von Seiten der Deutschen Volkspartei gegenüber der äußersten Rechten bisher geübt wurde, geht nicht mehr an. Der Stimmengewinn der Deutschnationalen bildet sowieso für die deutsche Delegation, die sich am Sonnabend nach London begibt, eine schwere Belastung.

Dieser Belastung gegenüber steht allerdings als Gegengewicht das beträchtliche Wiedererstarren der Sozialdemokratie. Wenn die Reichsregierung durch ihr Auftreten in London beweist, daß sie entschieden die Katastrophenpolitik der Deutschnationalen ablehnt, dafür aber um so deutlicher im Sinne des arbeitenden Volkes handeln will, d. h. wenn sie, auch in der Frage der Entwaffnung, sich streng an die Richtlinien hält, die in der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgezeichnet sind, dann wird es ihr gelingen, den schweren nationalen Schaden wieder auszugleichen, den die Gewinne der Deutschnationalen verursacht haben. Sollte sie aber aus dieser Kräfteverschiebung zwischen den beiden Rechtsparteien die Schlussfolgerung ziehen, daß sie an die unentwegten Reinbrüller und an die Ortschaft-Banden Konzessionen machen müsse, dann wird die Sozialdemokratie entschieden von ihr abbrechen. So sehr unsere Partei mit dem Reichsminister Simons darüber übereinstimmt, daß unmögliche Forderungen des Gegners abzulehnen seien, so sehr wird sie auch darauf achten, daß der ehrliche Wille des deutschen werktätigen Volkes zur Wiedergutmachung und zur sonstigen Vertragserfüllung bis zur Grenze des Möglichen in London zum Ausdruck gebracht werde.

Frankreich und die Preußentwahlen.

Paris, 22. Februar. Zum Ergebnis der Preussischen Landtagswahlen schreibt Gustav Herold in der "Victoire", man sehe wohl, daß die beiden Rechtsparteien einige Sitze gewonnen hätten. Aber da sie im alten Landtag nur den vierten Teil der Sitze innegehabt hätten, würden sie eine durch legale Mittel vollständig unfähige Minderheit bleiben. Es sei also eine feststehende Tatsache, daß die Männer der Partei von 1914 nur ein Viertel der Wähler für sich haben.

"Echo de Paris" erklärt, die Preussischen Wahlen hätten, wie man erwartet habe, eine Schwankung nach rechts gebracht. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hätten sehr gelitten und die Nationalisten hätten zum Schaden der gemäßigten Konservativen Erfolge erzielt. Die Mehrheitssozialdemokratie gewinne Stimmen, so daß die Koalition der demokratischen Parteien Herr der Lage bleibe. Man dürfe aber die Bedeutung dieses Ergebnisses nicht übertreiben. Denn die Mehrheitssozialdemokraten dächten in bezug auf den Friedensvertrag von Versailles wie alle Deutschen, das heißt, sie hätten nur die Tendenz, ihn nicht auszuführen.

Keine freie Getreidewirtschaft.

München, 22. Februar. (W.T.B.) Im bayerischen Landwirtschaftsministerium hat gestern mittag unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes die Konferenz der Ernährungsmi-nister begonnen. Die Konferenz beschäftigte sich in erster Linie mit der Regelung der Bewirtschaftung des Getreides für das nächste Wirtschaftsjahr. In eingehender Aussprache wurde die Frage erörtert, ob eine Änderung des bisherigen Systems notwendig sei, und welche in diesem Falle in Betracht käme. Die Aussprache ergab eine vollständige Übereinstimmung darin, daß für die freie Wirtschaft bezüglich des Getreides die Zeit noch nicht gekommen sei, daß vielmehr die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides in irgendeiner Form nicht entbehrt werden könne. Als die geeignetste Form für die Bewirtschaftung sah die weitläufig überlegende Mehrheit der Versammlung das Umlageverfahren an. Der Reichsminister gab Kenntnis davon, daß vom 16. März ab die Qualität des Roggmeisels verbessert werden soll, indem es von da ab nur mehr zu 70 Proz. ausgemahlen wird.

Flugschau.

Von Billy Meyer, Hauptmann a. D.

Wie oft hört man sagen: Für den modernen Menschen gibt es im Zeitalter der Technik keine Entfernungen mehr. Das ist richtig, soweit es sich um horizontale Entfernungen handelt. Hier verliert die Weite der Entfernung immer mehr und mehr an Schrecken. Brauchten wir früher, um mit der "Schnellpost" von Berlin nach München (ca. 500 Kilometer) zu gelangen, etwa 3 1/2 Tage, so bringt uns heute der D-Zug in 10 und das Flugzeug in 4 Stunden hin. Und in ein paar Jahren werden wir vielleicht in zwei Stunden da sein.

In der Tat, in bezug auf die Überwindung horizontaler Entfernungen ist Gigantisches in den letzten Jahrzehnten erreicht worden.

Etwas anders liegen die Dinge, wenn wir an die Befiegung vertikaler Entfernungen denken. In den Luftzonen, der unsere Gedulge umgibt, ist der Mensch erst etwa 11 Kilometer hineingekommen.

Raum vor der Luftkation erfunden (1783), da trat auch schon bei den Wissenschaftlern das Verlangen auf, möglichst große Höhen zu erreichen. Schon 1804 unternahm der französische Physiker Gay-Lussac ganz allein einen Ballonaufstieg, der ihn bis zu 7000 Meter führte. Er stellte dabei thermometrische, elektrische und magnetische Beobachtungen an. 1802 erreichte der englische Forscher Gishner 9000 Meter, und im Jahre 1901 kamen die beiden Berliner Professoren Berlon und Süring mit dem Ballon "Preußen" auf 10 500 Meter. Es ist dies die größte Höhe, die bisher je ein Mensch erreicht hat.

Rechnliche Höhen wie mit dem Ballon wurden mit dem Flugzeuge erreicht. Kurz vor dem Kriege erklimmte der Flugzeugführer Deterich mit einem Doppeldecker der Deutschen Flugzeugwerke in Leipzig 6150 Meter. Im Juni 1919 übertrumpfte ihn der Oberleutnant Diemer, der von München aus auf 9620 Meter kletterte, in einem Fluge, der im ganzen 2 Stunden 4 Minuten dauerte. Unlängst hat ein amerikanischer Flieger auch diese Höhe noch etwas überholt.

Je höher wir hinaufdringen, um so kälter, dünner und sauerstoffärmer wird die Luft. Gegen die Sauerstoffarmut läßt sich durch Einatmung von künstlichem Sauerstoff ankämpfen, den man in besonderen Stahlflaschen mitführt, die mit Schlauch und Mundstück versehen sind. Von 5000 Meter ab pflegt man in der Regel mit der Benutzung dieser Flaschen zu beginnen. Gegen den stark abnehmenden Luftdruck aber wird man sich, wenn man höher als etwa 11 000 Meter gehen will, wahrscheinlich nur durch eine luftdicht abgeschlossene Gondel oder Kabine schützen können, in der man künstliche Luft, ähnlich wie im U-Boot, atmet.

Verfahren eingestellt!

Kassel, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts.") Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde gestern eine Anklage gegen drei Marburger Studenten verhandelt, die ein Nachspiel zu dem bekannten Studentenprozess bildete. Drei Studenten, Goebel, Jonas und Goerd, die Angehörige der Roten Armee auf dem Vormarsch nach Göttingen transportiert hatten, sind angeklagt, diese Gefangenen auf dem Marsche mißhandelt zu haben. Während vor dem Prozess gegen die Führer der Roten Armee von reaktionärer Seite alles Notwendige vorbereitet wurde, um ein mißliches Echo zu haben, sollte dieser Prozess gegen drei Marburger Röhlinge möglichst wenig Aufsehen erregen. Kein Pressevertreter war anwesend.

Der Hauptzeuge Bah, der sich als Nebenkläger, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Liebknecht, der offiziellen Klage angegeschlossen hatte, erzählte, wie er bei dem Transport beschimpft und

mit dem Gewehrfolben bedrückt

worden sei. Der frühere Offizier Goebel, jetzt Student in Marburg, habe ihn mit Worten wie "Du Schwein, Du sollst Wasser laufen" traktiert. Er habe mit den Händen über dem Kopf marschieren müssen und habe Kolbenstöße erhalten, die ihn von der Chaussee abbringen sollten. Er habe sein Leben nur dem zu verdanken, daß er sich weigerte, die Chaussee zu verlassen.

Zum gestrigen Termin waren 15 Zeugen geladen. Die Angeklagten wurden von Rechtsanwalt Dr. Rütgebrun, der auch ihr Verteidiger während des Nordprozesses war, vertreten. Nach achtstündiger Beweisaufnahme hält der Staatsanwalt die Anklage bezüglich des Angeklagten Goebel für erwiesen und beantragt gegen ihn eine Gefängnisstrafe von einem Monat wegen Mißhandlung von Untergebenen. Rütgebrun verlangt Amnestie auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920; denn die Angeklagten hätten die ihnen vorgeworfenen Übergriffe zur Abwehr des Aufstandes in Thüringen begangen und hätten zweifellos nicht aus Rohheit gehandelt! Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und stellte das Verfahren ein.

Die Worte, die Zeuge Arnold, dessen Zähne mit dem Gewehrfolben eines der Angeklagten bearbeitet worden waren, werden den honorigen Marburger Studenten von jedem anständigen Menschen vorgeworfen werden müssen: "Es ist die größte Freigebung, einen wehrlosen Gefangenen zu mißhandeln!"

Deutschvölkische Jugendvergiftung.

Daß der Antisemitismus an sich eine durch und durch unsittliche Bewegung ist, wurde von vornehmen Charakteren in allen politischen Lagern oft genug hervorgehoben. Wenn es hierfür noch eines Beweises bedarf, so empfehlen wir denjenigen Kreisen, die bei allen Gelegenheiten sich so besorgt um die Sittlichkeit der Jugend zeigen, dringend, sich einmal mit gewissen deutschvölkischen Heberzeugnissen zu beschäftigen, die seit einiger Zeit in großen Massen gerade unter den Jugendlichen verbreitet werden. Vor uns liegt ein Heftchen, das unter dem Titel "Wissenswertes für die deutschblütige Jugend, von Ernst Streit" (Verlegt bei Karl Rohm in Borch) sich mit der Rassenfrage beschäftigt. In der Form einer Unterhaltung zwischen einem deutschnationalen Handlungsgehilfen und zwei jugendlichen (!) Handwerkerlehrlingern wird in dieser "Jugendchrift" die roheste Rassenhetze propagiert. Wir zitieren aus der genannten deutschnationalen Jugendchrift wörtlich:

"Es gibt keine größere Blutschande, als den Geschlechtsverkehr zwischen Rassenfremden. Die Zahl der Fälle, in denen Juden junge deutschblütige Mädchen verführen, geht in die Tausende. Ein solches von einem Juden geschwängertes Mädchen ist für die deutschgermanische Rasse vollkommen verloren, ja sogar schädlich. Denn alle Kinder, die aus einer späteren Ehe eines solchen Mädchens mit einem deutschblütigen Manne hervorgehen, werden Judenfinder. Die Jucht ist verdohten", legt der Landwirt in bezug auf die Tierzucht, wenn eine mindere ertige Rasse auch nur ein einziges Mal zur Kreuzung zugelassen wurde. Jedes Landmädchen kann Ihnen diese einfachen Vorgänge bestätigen."

Es sollen hier die zahlreichen Unwahrheiten, Verallgemeinerungen und Fälschungen der antisemitischen Heftchrift nicht widerlegt werden. Aber fragen müssen wir doch, wie es kommt, daß Geist-

Hochfahrten sind nicht ungefährlich. Berlon und Süring verließen beide bei ihrer Weltrekordfahrt abwechselnd in tiefe Ohnmachten. Und zwei Franzosen fanden 1875 in 8800 Meter Höhe den Tod, während der dritte seine Gehörsehärze einbüßte.

Neben der Erforschung des Luftmeeres durch bemannte Flugzeuge geht die durch unbemannte Ballone einher, die lediglich Instrumente tragen, die selbsttätig registrieren. Mit diesen unbemannten Ballonen wurden Höhen bis zu 29 000 Meter erreicht und Temperaturen bis zu 84 Grad Richte festgesetzt.

Die wissenschaftliche Erforschung der Vorgänge im Luftmeer ist von größter Bedeutung. Kennen wir die Vorgänge, ihr Zustandekommen und ihre (vielleicht vorliegende) Gesetzmäßigkeit erst genau, so werden wir stets wissen, mit welcher Blüierung wir zu rechnen haben werden. Und dies ist für unser Verkehrsweesen, vor allem aber für die Landwirtschaft und damit für unsere ganze Volkswirtschaft unbeschreiblich.

Auch für die Volksgesundheit wäre diese Wetterkenntnis von ungeheurer Wichtigkeit. Wenn wir z. B. schon im Januar genau wissen, daß der Juni in Süddeutschland schon, in Norddeutschland schlicht sein wird, daß der Juli im ganzen Land Regen, der August aber in ganz Deutschland Sonnenschein bringen wird, so werden wir unsere Urlaubszeiten und Urlaubsziele entsprechend wählen.

Das klingt jetzt alles noch utopisch, aber wie viele Utopien sind schon zu Wirklichkeiten geworden. War Luftschiff und Flugzeug nicht auch einmal eine Phantasieerei?

Das Flugzeug wird im Dienste der Wissenschaft den Freiballon voraussichtlich völlig verdrängen. Es wird zu einem unentbehrlichen Mittel für die physikalische, meteorologische und luftelektrische Erforschung der höheren atmosphärischen Schichten werden.

Wenn jetzt die Entente — völlig wider Recht und Moral — unser ganzes Flugwesen auf wer weiß wie lange ausrouten will, so sind diese Absichten (um ein Wort des genannten Prof. Berlon zu gebrauchen) nicht nur deutschfeindlich, sondern auch kulturfeindlich.

Diesen Entente-Ansatzog müssen wir daher alle mit unerschütterlicher Entschlossenheit zurückweisen.

Wie Sterne photographiert werden. Das Photographieren der Himmelskörper ist eine sehr schwierige Aufgabe, über die in der "Photographischen Rundschau" näheres berichtet wird. Das photographisch ausgerüstete Fernrohr, mit dem diese Aufnahmen gemacht werden, braucht eine Expositionsdauer von mehreren Stunden, und während dieser ganzen Zeit muß es natürlich der Drehung des Fixsternhimmels nachgegeben werden, damit das optische Bild jedes Sternes auf der Platte immer auf denselben Plattenpunkt fällt. Diese Nachbewegung des Fernrohrs wird nun dadurch zuwege gebracht, daß das Fernrohr um eine zur Weltachse parallele Achse beweglich aufgestellt ist und mechanisch durch ein Uhrwerk der Bewegung des Himmels nachgeführt wird. Dies Verfahren ist allerdings nicht unbedingt sicher, denn kein Uhrwerk läuft durchaus gleich-

liche und Jugenderzieher, von denen doch ein großer Teil im deutschnationalen Lager steht, die Verbreitung solchen Schmutzes unter der Jugend zulassen. Glauben sie, die so ängstlich und feindselig sind, wenn es sich um sozialdemokratische Aufklärungsschriften handelt, daß die Verbreitung dieser deutschvölkischen, in jeder Hinsicht tierischen Zuchtlehre besonders veredelnd auf die deutsche Jugend einwirken könne?

Oberschlesien auf der Londoner Konferenz.

Paris, 22. Februar. (E.S.) Ueber die gestrigen Beratungen in London liegt heute ein eingehender Bericht im "Echo de Paris" von Perlinag vor, dem für seine Darstellung die Verantwortung überlassen werden muß. Perlinag bespricht den Beschluß bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien und erklärt, daß Briand sich auf den Standpunkt gestellt habe, die von dem Obersten Rat getroffenen Maßnahmen müssen aufrecht erhalten und die gestrigen Beschlüsse dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Er erinnert Lord George daran, daß dieser der französischen Regierung den Vorwurf gemacht habe, sie wolle die Abmachungen von Boulogne nicht einhalten und jetzt wolle er selbst den von den Alliierten gefassten Beschlüssen untrösten. Frankreich habe die größte Verantwortung, da es die meisten Truppen in Oberschlesien bereitgestellt habe, während England nicht einen einzigen Mann stelle. General Le Rond hat erklärt, daß die Gefahr für Oberschlesien darin bestehe, wenn die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden mit den dort Anässigen zur selben Zeit abstimmen würden.

Was Lord George auf diese Ausführungen erwiderte, weiß Perlinag nicht anzugeben, doch hat sich Lord George bereit erklärt, vier Bataillone nach Oberschlesien zu entsenden. Die Anferredung sei äußerst unangenehm gewesen und habe zwei Stunden gedauert, danach hat Briand sich entschlossen, sich zu unterwerfen. Es sei möglich, daß der gefasste Beschluß unangenehme Folgen haben werde. Durch die Politik, welche die Alliierten jetzt einschlagen, entwerfen sie ihre Politik gegenüber Deutschland und sie gewöhnen eine bedeutende Prämie auf das alldoische Geschrei.

Nach einer Meldung des holländisch Neuwisbureaus wird England nicht vier, sondern zehn Bataillone nach Oberschlesien entsenden. Sie sollen der Rheinarmee entnommen werden.

Paris, 22. Februar. Wie "Echo de Paris" mitteilt, sind es die beiden englischen und italienischen Mitglieder der militärischen Mission von Oppeln gewesen, die die Entscheidung zugunsten der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Volksabstimmung in Oberschlesien gegeben hätten. Durch die getrennte Abstimmung, so hätten sie erklärt, könnten die polnischen Einwohner Oberschlesiens acht Tage nach der Abstimmung der Einheimischen den ankommenden neuen Wahlberechtigten Hindernisse bereiten. Sie hätten deshalb gefragt, ob man nicht eine angeblich deutsche Gefahr beseitige und eine polnische Gefahr schaffe, die ebenso befähigt wäre, der Gerechtigkeit Abbruch zu tun, und schließlich hätten sich so nur 150 000 Oberschlesier, die außerhalb Oberschlesiens wohnen, zur Wahl gemeldet und nicht 350 000. Dieses Kontingent werde nichts an der Verteilung der 800 000 Stimmen der

Zum französisch-polnischen Abkommen.

Breslau, 22. Februar. (W.T.B.) Die "Schlesische Volkszeitung" untersucht in einem Artikel von beachtenswerter Seite die Bismarckshofen für eine Sicherung der Volksabstimmung in Oberschlesien. Das Blatt bespricht insbesondere die Bedeutung der französisch-polnischen Macht und der französisch-polnischen Politik in Oberschlesien und Polen und stellt schließlich die Frage, ob Frankreich nach dem Abschluß einer Militärkonvention mit Polen noch als die neutrale, d. h. über den Parteien stehende Patronatsmacht für die obereschlesische Volksabstimmung gelten könne.

Holländische Journalisten aus der Schweiz ausgewiesen. Die holländischen Journalisten, die sich gegenwärtig in Bern und anderen Orten der Schweiz befinden, haben den Ausweis begehrt erhalten. Die Aufenthaltserlaubnis wurde ihnen gestündigt, da ihr weiterer Aufenthalt nicht als notwendig betrachtet wird. Der holländische Gesandte in Bern hat sofort gegen diese Maßnahme protestiert.

mäßig. Um diese geringen Schwankungen auszugleichen, sind die photographischen Fernrohre stets noch mit einem parallel und starr mit dem Tubus vereinigten zweiten mächtigen Fernrohr verbunden. Dies ist mit einem Fadentkrenz versehen, in das der Beobachter denselben Zeissler einstellt wie bei der Platte. Da er bei sehr starker Vergrößerung beobachtet, erkennt er sofort ein Voreilen oder Zurückbleiben des Uhrwerks gegen die Himmelsbewegung, weil dann sein Zeissler aus dem Fadentkrenz heraustritt. Durch die sogenannten Feinbewegungsschrauben gleicht er die Abweichung des Fernrohrs augenblicklich wieder aus, und durch diese sehr schwierige Arbeit des "Pointierens" ist er in der Lage, einwandfreie Aufnahmen des Sternenhimmels zu erhalten.

Die Gartenarbeitschule heißt eine Schrift, die der verdiente Neutölmer Gartenschulleiter A. Hegen im Verlage F. Hirt in Breslau (eben erschienen) ist. Das Buch ist eine kleine in sich geschlossene Monographie des Gebiets. Es sagt die Sache von allen Seiten an, gibt zur theoretischen Begründung das historische Werden, neben der Forderung die Praxis von Neutölmer. Das ist sein großer Vorzug, daß das Wissen vom Vollbringen ausgeht. Die Neutölmer Gartenarbeitschule fügt sich in die alte Schule ein, respektiert ihre Ordnung, kann mit den alten Lehrern arbeiten, verursacht wenig Kosten, denn sie ist "Produktionschule"; ihr Leiter geht in echt sozialistischem Sinne von der "Produktion" aus. Hegen gibt alle Einzelheiten: Den Stundenplan, die Stoffverteilung, die Beratung zum Säen, Pflanzen, er zeigt weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Das Buch, frisch geschrieben, durch Wiedergabe photographischer Aufnahmen geschmückt, wird manchem reformwilligen Schulmeister helfen, wird Behörden und Eltern Wege weisen können. Hegen Schule ist eine erfreuliche Etappe im Werden der produktiven Zukunftsschule. Paul Destréich.

Zur Umgestaltung des Zeughauses! Im Anschluß an unsern "Im Zeughaus" betitelten Beitrag in Nr. 36, macht ein Lehrer folgenden Vorschlag:

Um die vorherernde Wirkung der im Zeughaus aufgestellten Waffen den Kindern, die dorthin geführt werden, so zu veranschaulichen, daß sie einen tiefen Sinn für das fünfte Gebot erlangen, sollten neben den Nordwaffen biblische und plastische Ergebnisse der vorherernden Wirkung an Menschen (Bilder von Kriegszernormten, plastische Darstellungen ihrer Verstimmlungen), Tieren und Monumenten angebracht werden. Dadurch erst würde das Zeughaus eine lebensreiche Einrichtung werden.

Volksbühne G. B. Rächter Lesabend Mag. Wilmner "Neue Volkstun" in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster am Donnerstags, den 24. d. M.

Die Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin hat als Aufgabe die Pflege der Geographie im weitesten Sinne. Sie veranstaltet monatliche Vortragende bedeutender Redender und Redigenden. Eine Bibliothek von 40 000 Bänden steht im eigenen Hause Wilhelmstr. 23 zur Verfügung. Eine Zeitschrift wird kostenlos geliefert. Die Mitgliedschaft erwidert man an Grund eines Beschlusses dreier Mitglieder und Zahlung eines jährlichen Beitrages von 40 M. als anlässiges Mitglied und von 30 M. als auswärtiges Mitglied.

Die Londoner Konferenz.

Paris, 22. Februar. (W.T.B.) Wie der Sonderberichterstatter von Havas in London meldet, fand die erste Vollsitzung der Konferenz gestern nachmittag um 4 Uhr im St. James-Palast statt. London, 22. Februar. (W.T.B.) Gestern nachmittag nahm die im St. James-Palast tagende Konferenz die Erklärungen des griechischen Premierministers Kateropoulos über die Lage in Kleinasien entgegen. Kateropoulos führte aus, die Griechen seien mit dem Vertrage von Sèvres vollkommen einverstanden. Griechenland sei bereit, mit den Kemalisten ohne militärische Unterstützung fertigzuwerden und bitte nur um die Erlaubnis, das notwendige Kapital im Ausland aufzunehmen. General Gouraud unterrichtete die Konferenz über die militärische Lage in Kleinasien und Kleinasien. Es folgte eine technische Erörterung.

Die Konferenz tritt morgen um elf Uhr wieder zusammen.

Gegenätze in der türkischen Frage.

London, 22. Februar. (W.T.B.) Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Die Orientkonferenz beginnt mit einer klaren Spaltung der Meinungen zwischen Frankreich und Italien auf der einen Seite und Großbritannien auf der anderen. Die britischen Vertreter wollen keine territorialen Änderungen des Vertrages von Sèvres. Die Franzosen und die Italiener sind anscheinend für eine Abänderung. Die britische Ansicht ist kurz gefasst die: Der Vertrag von Sèvres ist die beste Lösung, die die Alliierten finden konnten. Sein Grundgedanke ist, aus dem türkischen Reich eine nichttürkische und insbesondere die christlichen Gebiete herauszunehmen. Die Türkei als herrschende Macht ist verschwindend. Lord George und Foreign Office würden nicht bereit sein, darauf zurückzukommen. Es seien jedoch Änderungen an dem Vertrag möglich, die dem Stolz der Türkei schmälern würden, insbesondere Abänderungen, durch die die Freiheit und Unabhängigkeit der übrigen lebenden Türkei vergrößert und ihre Bezeugung gemildert wird.

Auf der anderen Seite fährt der Berichterstatter fort, und die Franzosen und die Italiener sehr für eine Abänderung des Vertrages und ihren Wünschen muß volle Bedeutung beigegeben werden. Dies ist der Grund des Ausschusses der Frage in Paris und der Berufung der griechischen und der türkischen Vertreter nach London. Wie der Korrespondent weiterhin meldet, verlangt das Italien noch mehr als Frankreich für eine Rückgabe von Smyrna und Thrazien an die Türkei ist.

Georgiens Vergewaltigung.

Paris, 22. Februar. (W.T.B.) Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel liegen dort Berichte vor, wonach wegen der Besetzung des Arsenals von Iffis durch die bolschewistischen Truppen die georgische Regierung acht neue Jahressklassen mobilisiert haben soll.

Eine andere Meldung besagt, die Sowjetregierung von Erivan sei gestürzt und durch ein nationalistisch-armenisches Kabinett ersetzt worden.

Betriebsbeschränkungen der österreichischen Eisenbahnen. Wie aus Wien gemeldet wird, erfolgt seit einiger Zeit schrittweise eine ziemlich weitgehende Erhöhung des Eisenbahnverkehrs in Oesterreich, besonders der Schnellzüge, die noch Fortsetzung finden soll, und von der alle Linien gleichmäßig betroffen werden. Die Ursache liegt nicht so sehr in dem Mangel an Kohle überhaupt, als in dem Mangel für die Feuerung bei den fernliegenden notwendigen hochwertigen Schwarzkohle aus Oesterreich. Seit dem 18. Februar ist der Güterverkehr zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei vollständig eingestellt.

Ein Protest der polnischen Regierung. „Dziennik Danzki“ meldet, daß die polnische Regierung beim Senat der freien Stadt Danzig wegen des Abkommens über die gegenseitige Rechtshilfe zwischen Danzig und Deutschland, das kürzlich in dritter Lesung vom Volkstribunal ratifiziert worden ist, Protest eingelegt hat.

Kriegsgericht im Rheinland. Die beiden Beamten des Reichsvermögensamtes, Abteilung Mainz, Rodmann und Ulrich, die der Aufforderung der französischen Besatzungsbehörde, Möbel für Unteroffiziersräume zu beschaffen, nicht nachgekommen waren, wurden heute vom französischen Kriegsgericht wegen Nichtbefolgung eines militärischen Dienstbefehles zu je 6 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe verurteilt.

Düngemittelstrolche im ganzen Reich. Zu dieser von uns kürzlich gebrachten Notiz bittet uns Herr Ingenieur Frh. Sattler, Berlin N., Moller Str. 96, mitzuteilen, daß er mit dem verhafteten Kaufmann Frh. Sattler nicht identisch ist.

Prozess Sonnenfeld und Genossen

Nach Eröffnung der Sitzung sollte sofort mit der Zeugenvernehmung begonnen werden. Der Anwalt ergibt jedoch, daß nur der Zeuge Pirwig anwesend ist, während die übrigen Zeugen fehlen. Die Zeugen, namentlich Georg Elzard, sollen telephonisch herbeigerufen werden. — Vom Angeklagten Sonnenfeld jun. wird die Ladung des Anwaltssekretärs Olmann als Sachverständigen darüber beantragt, daß er, der Angeklagte, berechtigt gewesen sei, über die fraglichen Schriftstücke selbständig zu verfügen. Dem Antrag wird stattgegeben. Inzwischen sind auch die vier erwähnten blassen Hefen beim Gericht eingegangen, aus denen verschiedene Schriftstücke zur Verlesung gelangen. Zumeist sind es Quittungen über von Georg Elzard bezahlte Beträge. Der Vorsitzende weist auf die auffällige Tatsache hin, daß, obwohl bei Elzard Millionenvermögen vorhanden sind und dementsprechend sehr viele Quittungen vorhanden waren, es sich bei den von Sonnenfeld jun. mitgenommenen Schriftstücken ausschließlich um solche handelt, die gegen Elzard Verwendung finden konnten. Sonnenfeld (Vater) erklärt, der Schwäger Sohn Schwedemanns, Henck, habe ihn beauftragt, 8 Millionen auf Kosten der S.P.D. zu beschaffen, und auf diese Weise seien die betreffenden Rechnungen an ihn gekommen.

Angesprochener Sonnenfeld jun. läßt sich sodann auf einzelne Fragen des Vorsitzenden über den Charakter und die Bedeutung einzelner Belege in einer Weise aus, die den Vorsitzenden veranlaßt, ihn dringend aufzufordern, die Form zu wahren, die sich im Verkehr mit dem Gerichtsvorstandenden gemiene. Er bestreitet einen Widerspruch in seinen Aussagen. Einen Diebstahl habe er nicht beabsichtigt. Die anderen Sachen habe er an Elzard herausgegeben, und dieser habe sich freit, daß die Rechnungen über die Rohungsmittel nicht mehr dabel waren.

Zuletzt rät Olmann an, das Verfahren gegen den Major v. Frankenberg abzutrennen, da die Strafkammer das Verfahren gegen Ernst Sonnenfeld wegen der Unterschlagung der 279 000 M. für unzulässig erklärt hat. Der Staatsanwalt widerspricht dieser Abtrennung und erklärt, daß bei dem Fall der Unterschlagung der Millionen auch dieser für unzulässig erklärte Fall ein Indizium für die verbrecherische Gesinnung des Ernst Sonnenfeld für ihn notwendig sei. Das Gericht ging auf diese Anregung des Staatsanwalts nicht ein, da es glaubt, daß die Sache gegen Major Frankenberg doch verhandelt werden könne, wenn auch das Verfahren gegen Sonnenfeld jun. teilweise für unzulässig erklärt sei.

Groß-Berlin

Ein unabhängiges Bezirksamt.

Montag wurde im 3. Verwaltungsbezirk (Wedding) das Bezirksamt gebildet. Zu wählen waren 7 Beisitzer und 6 Unbesoldete. Der Berichterstatter des Ausschusses empfahl dem Plenum von den sieben Beisitzern zunächst sechs zur Wahl. Ueber die noch verbleibende offene Stelle sollte die Versammlung entscheiden, weil der Ausschuh den Kommunisten Leupold nicht akzeptierte. Unsere Fraktion schlug dafür den Bezirksverordneten Fuß vor, die Bürgerlichen Herrn Schallbach. Während des ganzen Wahlganges herrschte eine große Spannung. Die Bezirksversammlung besteht aus 27 U.S.P., 13 S.P.D., 10 S.P.D. und 13 Bürgerlichen; die letzteren umfassen fünf Parteien und bilden eine Arbeitsgemeinschaft. Zum ersten Bürgermeister wurde Kandidat Leib, U.S.P.D., mit 48 Stimmen gewählt; stellvertretender Bürgermeister Lehrer Kutsch, U.S.P.D., erhielt 40 Stimmen, 23 Stimmen entfielen auf unseren Genossen Frank. Kommunist Schmidt gab dazu die Erklärung ab, daß seine Fraktion für Kutsch eintritt, weil ein S.P.D.-Bürgermeister gleich ist einem Bürgerlichen. (So legen die Kommunisten ihren „Offenen Brief“ aus.)

Bei der Wahl der Stadträte bekam Blafid, Werkzeugmacher, U.S.P.D., 46 Stimmen, Bod. Ingenieur, U.S.P.D., 51, Frank, U.S.P.D., 63, Schmidt, S.P.D., 44 Stimmen. Als 7. befolgeten Stadtrat schlugen die Kommunisten erneut Leupold, die Bürgerlichen Herrn Cors, die S.P.D. unseren Kandidaten Fuß, die Unabhängigen, deren Stadtratskammer noch immer nicht gestiftet war, Herrn Krielenbrink vor. Die Bürgerlichen und Kommunisten gaben keine Zettel ab. Die Unabhängigen stimmten für ihren Kandidaten und erhielten somit von sieben Sitzen fünf.

Unter Genosse Drees' noellette diese unabhängige Futtertrappengruppe an; nicht einmal die alten Konventionen haben es gewagt, das Präsidium nur mit ihren Parteimitgliedern zu besetzen. (Zurück: Jetzt haben die Unabhängigen mehr Stadträte als Wähler.)

Nach der Wahl der Unbesoldeten erhielten die Unabhängigen weitere 3 Mandate, die S.P.D. 1, S.P.D. 1, Pfeiffer, die Bürgerlichen auch 1.

Daß eine Fraktion, welche in einer parlamentarischen Körperschaft noch nicht einmal über die Hälfte der Sitze verfügt, für sich eine solche Vertretung in der Verwaltung beansprucht, ist ein Novum. Es scheint, als ob die Unabhängigen nach ihrem Zusammenbruch bei der Landtagswahl sich an unserer Partei haben rächen wollen; sonst ist ihr Verhalten überhaupt nicht zu verstehen. Wir halten ein solches Vorgehen für eine hohle politische Arroganz. Die Unabhängigen sind in ihrem politischen Handeln noch nie groß gewesen, daß sie aber nun, nachdem sie einen so beispiellosen politischen Zusammenbruch erlitten haben, größer erscheinen wollen, als sie wirklich sind, entspricht der Handlung eines politischen Hanswurfts.

Bezirksamt 2 (Tiergarten).

Eine neue Überraschung bezieht die gestern abend stattgefundene Wahl des Bezirksamts im Kreis Tiergarten, in welchem eine bürgerliche Mehrheit von 35 Stimmen gegenüber 30 Stimmen der drei sozialistischen Parteien einschließlich der Kommunisten vorhanden ist. Trotzdem hätte ein linksgerichtetes demokratisches Bezirksamt, einschließlich der Demokraten entsprechend den Richtlinien unserer Bezirksorganisation geschaffen werden können, wenn — ja wenn nicht die Herren Kommunisten als „Arbeitervertreter“ nach den Weisungen ihrer Zentrale es abgelehnt hätten, für einen Demokraten als Bürgermeister zu stimmen.

Dadurch wurden die Demokraten den Deutschnationalen in die Arme getrieben, die nunmehr schnellstens in letzter Stunde einen linken bürgerlichen Block erreichen konnten. In der Bezirksversammlung kämpfte dieser Block bei den befolgeten Stadträten sämtliche Vorschläge der drei sozialistischen Parteien mit 35 Stimmen rückwärts nieder und besetzte nach seiner Wahl mit dem Stadtrat Doffein an der Spitze als Bürgermeister des Bezirksamt. Nur bei den unbesoldeten Stadträten war es mit Mühe möglich, sowohl für die Unabhängigen, Kommunisten und uns je einen Kandidaten zu erhalten. Wir werden den bürgerlichen Parteien in Zukunft durch diese Maßnahme ihre Arbeit besonders erleichtern müssen. Die Arbeiterchaft sollte aber auch hieraus wieder lernen, daß man politische Kinder und Wirtel nicht wählen darf, wenn praktische Arbeit im Interesse des Volkes geleistet werden muß. Wo sind jetzt die Arbeitervertreter? Auf 12 Jahre ist der Einfluß der Arbeiterchaft im Bezirksamt Tiergarten nur durch die Schuld der Kommunisten unterbunden worden.

Kreistagswahl in Niederbarnim.

Bei der am Sonntag mit vorgenommenen Wahl zum Kreistag wurden 7 Vertreter der S.P.D., 5 von der U.S.P., 3 Kommunisten, 2 Demokraten und 13 vereinigte Bürgerliche gewählt.

Die Kreistagswahl in Teltow.

ergab 9 Sozialdemokraten, 6 U.S.P., 2 S.P.D., 2 Demokraten und 11 vereinigte Bürgerliche.

Der Einbruch in die griechische Gesandtschaft

ist von der Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Als Täter wurden drei junge Burken ermittelt und festgenommen. Die drei gingen, wie sie sagen, einen Abends am Böhmerweg spazieren und sahen, daß in dem Vorderhause der griechischen Gesandtschaft kein Licht brannte. Sie entnahmen daraus, daß niemand da sei und beschloßen, gleich einzubrechen. Nach einem vergeblichen Versuch, die Tür mit einem Dietrich zu öffnen, drückten sie im hohen Erdgeschosse eine Fensterscheibe ein und verschafften sich so Zutritt. Sie holten eine Anzahl wertvolle Teppiche und andere Kostbarkeiten heraus, stahlen dann in der Regentenstraße einen Handwagen und brachten damit die Beute nach einer Schankwirtschaft, wo sie sie unterstellten. Von hier aus betrieben sie nun den Verkauf. So ging ein besonders wertvoller Teppich der ihnen gleich abgekauft wurde, sofort nach Düsseldorf weiter. Hier wurde er von der Kriminalpolizei auf telegraphische Weisung hin beschlagnahmt und für die beschlossene Gesandtschaft sichergestellt. Auch der größte Teil der anderen Teppiche wurde wieder herbeigeschafft. Eine Durchsuchung der Wohnungen der drei Täter ergab, daß man es mit gewerbsmäßigen Einbrechern zu tun hatte. Die Behauptungen borgen nicht nur Einbruchswerkzeuge, sondern auch Beutestücke aus anderen Einbrüchen, die noch nicht aufgeklärt sind.

Die Untersuchung über die Schlachthofvorgänge.

Der zur Prüfung der angeblichen Unterschlagungen und Unregelmäßigkeiten auf dem Schlachthof eingesetzte Stadterordneten-ausschuh hat gestern eine bis in die späten Abendstunden dauernde Sitzung abgehalten. Obwohl in der ersten Sitzung beschlossen worden war, daß über die von unabhängiger und kommunistischer Seite erhobenen Beschuldigungen wegen angeblicher Fälschung von 100 Quittungen über Fleischlieferungen in der nächsten Sitzung Beweis erhoben werden sollte, war der hauptankläger, ein kommunistischer Stadterordneter, nicht erschienen. Er wurde durch einen fraktionskollegen vertreten, der stattdessen allerlei Behauptungen über angeblich zu unrecht gezahlte Löhne an Arbeiter erhob, die zugleich auf dem Magereihof Friedrichsstraße beschlagnahmt gewesen wären, ferner über vom Schlachthof ausgegangene Wurstendungen aus Pferdefleisch usw., ohne daß er aber greifbare Angaben hierüber machen konnte. Bezüglich der in der ersten Sitzung behaupteten mangelhaften Kontrolle über abgelieferte Fleischmarken wurden gestern mehrere Zeugen, die in der Abteilung für Markenkontrolle tätig gewesen waren, und der zuständige Inspektor Lorenz vernommen. Die

Markenzähler bekundeten, daß nicht alle Marken gezählt, sondern nur Stichproben gemacht worden seien, obwohl sie wiederholt zum Besten der Allgemeinheit auf das Zählen aller Marken gedrängt hätten. Durch das Verfahren seien Schächter begünstigt worden, doch wurde von diesen Zeugen ausdrücklich betont, daß eine Schonung oder Begünstigung der Schächtermeister oder Schlachtwärter hinsichtlich nicht herbeigeführt worden sei. Dagegen wurde von den Markenzählern behauptet, es habe auf dem Schlachthof eine Liste solcher Kunden bestanden, die ohne Fleischmarken versorgt worden wären. Der Stadterordneten-ausschuh beschloß, sich diese Liste zur nächsten Sitzung vorlegen zu lassen, ebenso sollen alle Akten, die über die Entstehung dieser Liste Aufschluß geben können, zur nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Die Iseren Abteile 2. Klasse.

Geradezu skandalöse Zustände herrschen des Morgens und Abends bei der Stadt- und Vorortbahn. Während in der Zeit des größten Andranges die Rüge von den zur Arbeit fahrenden Arbeitern in der 3. Wagenklasse überflutet sind, fahren die Wagen der 2. Klasse leer mit. In letzter Zeit wird nun eine ganz scharfe Kontrolle ausgeübt. Werden Arbeiter in der 2. Klasse angetroffen, so hagelt es Strafmandate. Auf die entsetzten Hinweise der Ueberfüllung lautet die lakonische Antwort: „Warten Sie doch auf den nächsten Zug oder beschweren Sie sich bei der Direktion!“ Die Arbeiter und Angestellten sind der Meinung, daß die Klasseneinteilung auf der Stadtbahn schamhaft zu verschwinden hat. Es kann nichts Aufreizenderes geben, als wenn die Menschen sich in Abteile 3. Klasse zusammenpressen müssen, während nebenan die Wagen 2. Klasse fast leer sind. Wenn die Eisenbahnverwaltung keine Änderung herbeiführt, so ist es nicht zu vermeiden, wenn sich eines schönen Tages die unbilligsten Zustände ergeben. Letzten Endes haben die Arbeiter und Angestellten ein Recht, als Mensch und nicht wie ein Stück Vieh befördert zu werden.

Erlebnisse auf der Polizeiwache.

Die Fälle, wonach Klage über Mißhandlungen auf Wachen der grünen Sicherheitspolizei geführt wird, mehren sich. Am 9. Februar wurde in der Bernauer Straße, zwischen Streithof und Reumannstraße, von der Polizei ein Mann festgenommen, der der Aufforderung der dort postierten Beamten, an seinem Pferde, welches er reitend nach Hause leiten wollte, abzusitzen, nicht nachkam. Der Festgenommene befand sich in Begleitung seines Vaters und in angetrunkenem Zustand. Wie er uns mitteilt, hat er den Beamten erwidert, daß sie ihm gar nichts zu sagen hätten. Hierauf sei er gefesselt und mit zur Wache genommen worden. Dort habe man ihn schon am Eingang gefesselt und geschlossen. Und im Bureau der Sicherheitspolizei sei er in verstärkter Wache mißhandelt und bis zum nächsten Morgen festgehalten worden. Diese Beschwerde über Mißhandlung auf der Polizeiwache ist in kurzer Frist die zweite. Wir nehmen von ihr Notiz, damit der Fall untersucht wird und sich das Polizeipräsidium hierzu äußern kann.

Die Fürsorge als Kulturarbeit.

Jetzt ist damit begonnen worden, einen Teil der Fürsorge abzuholen. Das Gelände wird dann an Kriegsschadigte parzellenweise abgegeben. Zuerst werden 41 Morgen nutzbar gemacht. Die Abholung geschieht durch Arbeitslose. Auch ein Teil des bekannten Franzensberges sollte zu Siedlungszwecken berggerichtet werden; dieser Plan ist aber, nachdem die Forstverwaltung Beschwerde eingereicht hatte, wieder rückgängig gemacht worden.

Schlechte Aussichten für Trichinenschauer. Es hat sich gezeigt, daß Trichinenschauer oder Fleischbeschauer sich ausbilden lassen, obwohl sie keine Aussicht auf Anstellung haben. Der Landwirtschaftsminister hat daher angeordnet, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Bewerber zu der der freiwerdenden Stellen im richtigen Verhältnis steht. Bewerber zu einem Ausbildungskursus für Trichinenschauer oder Fleischbeschauer sollen im allgemeinen nur dann zugelassen werden, wenn für sie eine Stelle in Aussicht steht. Deshalb soll die Zulassung zu Kursen von der Vorlegung einer Bescheinigung der zukünftigen Behörde des Auszubildenden abhängig gemacht werden, daß er in einem bestimmten Beschäftigungsgebiet angestellt werden soll.

Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge. Die Hauptfürsorgestelle der Provinz Brandenburg wird in diesem Sommer eine Anzahl Plätze im Gebirge und an der See für Kriegshinterbliebene Kinder und Kinder Kriegsbeschädigter sichern. Das Alter der Kinder muß sich zwischen 5 und 14 Jahren für Knaben und 5 und 15 Jahren für Mädchen halten. Besonders bevorzugt werden Kinder, die an Erkrankungen der Alimungorgane, Skroflose, Rheumatis, Unterernährung und allgemeiner Körperschwäche leiden.

Die Fürsorgestelle ersucht nun alle Kinder, welche für diesen Aufenthalt in Frage kommen, bis zum 24. Februar d. J., mittags 1 Uhr, mit genauer Angabe des Alters im Bureau, Zimmer 2, des Rathauses, Kellergeschoss, schriftlich anzumelden. Epidemische Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Englisch-amerikanische Vortragreihe am Englischen Seminar. Vorlesungstage 6 Uhr, Freitag den 23., 6½ Uhr: The Rev. Dr. Diller (Vizepräsident der amerikanischen Kirche): George Louis Stearns.

Soziales.

Oberschleische Kinder an der Ostsee.

Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Oberschlesien, Genossin Hauke, hatte sich an die Verwaltung der Arbeitergenossenschaft „Produktion“ in Hamburg gewandt um Aufnahme obererschleischer Kinder in dem Kindererholungsheim der Produktion in Hoffrug an der Ostsee. Die „Produktion“ hatte vor etwa 1½ Jahren dort ein Kinderheim errichten lassen, das großstädtischen Kindern, die durch Städtelust, schlechte Ernährung und Krankheit in der Entwicklung zurückgeblieben sind, uneigentlich Erholung bieten soll. Wenn je Erholung nötig war, so hatten dies die etwa 100 Knaben und Mädchen aus dem obererschleischen Industrie- und Grubengebiete dringend nötig. Die Verhältnisse in den obererschleischen Ortschaften am Rattowitz, Laurahütte, Hindenburg, Ragnitz usw. müssen, wenn man sie an dem Zustande der Ferientinder in Hoffrug mißt, sehr schlimm sein. Die Unterernährung ist sehr stark, Skroflose arg verbreitet, und man traut seinen Augen nicht, wenn man glaubt, etwa vier-, fünf- und sechs-jährige Kinder vor sich zu haben und erfährt, daß sie acht, neun und zehn Jahre alt sind. Was aber besonders erschütternd wirkt, ist der Vorkommnis, in dem sich das geistige Leben dieser bedauernswerten Kinder bewegt. Die leitende Oberschwester erzählte, wie die Weisungen der Kinder besonders in der ersten Zeit sich immer nur um die grauenvollen Zustände in ihrer Heimat, die seit langem der Schauplatz nicht nur heftiger Agitation, sondern auch häufiger Gewaltakte ist, bewegt. Schießereien, Plünderungen und andere Gewalttätigkeiten sind dort leider an der Tagesordnung. Daß diese Kinder sich in dem wunderschönen Heim der „Produktion“ mit seinen hellen sonnigen Räumen und schönem Wandschmuck, wie in einer anderen Welt fühlen, kann man sich vorstellen, und wie die Verpflegung, die die „Produktion“ ihnen angedeihen ließ, auf sie gewirkt hat, erkennt man am besten aus der Tatsache, daß alle Kinder in den vier Wochen ihres Aufenthaltes durchschnittlich fünf Pfund an Körpergewicht zugenommen haben. Heute lehren die Knaben und Mädchen wieder in ihre Heimat zurück.

